

Wolfsgegner erwarten, dass der Kanton jetzt Druck auf den Bund ausübt



Acht von zehn Oberwallisern wollen den Wolf weghaben. Doch das ist leichter gesagt als getan. Bild: zvg

Martin Kalbermatten

Die Mehrheit der Walliser will einen Kanton ohne Grossraubtiere. Wie realistisch ist das?

Auf den ersten Blick ist es ein klares Verdikt: 63 Prozent der Bevölkerung haben, bei einer Stimmbeteiligung von 65 Prozent, Ja zur Initiative «Für einen Kanton Wallis ohne Grossraubtiere» gestimmt. Im Oberwallis lag die Zustimmung gar bei überwältigenden 80 Prozent. Ganz anders sieht die Situation im Unterwallis aus, wo die Vorlage nur 56 Prozent Zustimmung fand. Der Stadt-Land-Graben zeigt sich hier deutlich. So haben die Unterwalliser Städte Martinach und Monthey mit 51 beziehungsweise 54 Prozent Nein gestimmt. Und in den beiden anderen Städten Sitten und Siders gabs mit 50,3 beziehungsweise 52 Prozent lediglich ein knappes Ja.

Für Guido Walker, Präsident des Ja-Komitees, ist das Resultat im Unterwallis keine Überraschung: «Die grossen Städte sind von der Wolfsproblematik nicht betroffen. Und die Leute aus dem Léman-Becken haben gar keinen Bezug zur Alplandwirtschaft oder zum Tourismus in den Berggemeinden.» Die würden den Wolf nur aus dem Fernsehen kennen.

Wie Walker weiter ausführt, spiele es aber keine Rolle, wer wo für oder gegen die Initiative gestimmt habe: «Entscheidend ist, dass sie angenommen wurde.» Das freue ihn und alle, die bei dieser Initiative mitgeholfen hätten.

Indessen stellt sich die Frage, wie viel dieses Ja an der Urne wert ist. Weil, ob es einen Kanton Wallis ohne Grossraubtiere gibt, darüber entscheidet nicht der Kanton, sondern der Bund. Nichtsdestotrotz erwartet Walker vom Kanton, dass dieser den Verfassungsauftrag des Volkes

umsetzt, sprich den Schutz vor Grossraubtieren verbessert und bezüglich der Regulierung des Bestands von Grossraubtieren den Druck auf Bern verstärkt.

Brigitte Wolf vom Gegenkomitee fragt sich, wie das mit dem Druckverstärken funktionieren soll: «Schliesslich hat die Schweiz mit dem revidierten Jagdgesetz erst vor einem Jahr über eine ähnliche Vorlage abgestimmt und diese abgelehnt.» Deren Resultate weisen denn auch Parallelen zur Abstimmung vom Sonntag auf: Die Städte sagten Nein, das Land Ja. Und da die städtische Bevölkerung schweizweit in der Überzahl ist, wird die Regulierung des Wolfs vorerst eine Utopie bleiben.

Walker sieht das diametral anders: «Bislang hatte in der Schweiz nur der Kanton Uri im Februar eine Initiative zur Regulierung von Grossraubtieren lanciert und diese mit 70 Prozent Zustimmung gewonnen. Mit der Abstimmung vom Sonntag im Wallis ist es das erste Mal, dass ein grösserer Kanton ein Zeichen gesetzt hat. Der Bund kann das nicht einfach ignorieren.» Die Zeiten der Verharmlosung seien vorbei.

Der Initiativtext beinhaltet derweil nicht nur Vorschriften zur Beschränkung und Regulierung des Grossraubtierbestands, sondern auch Vorschriften zum Schutz vor Grossraubtieren. Die Vorlage überlässt es dabei dem Kanton, den geeignetsten Schutz zu wählen; sei es mittels Elektrozäunen, Herdenschutzhunden, Hirten oder Drohnenüberwachung.

Dieser Teil der Initiative war im Oberwallis während des Abstimmungskampfs lediglich eine Randnotiz. Doch realistisch betrachtet, ist es nur dieser Teil, der effektiv umgesetzt wird. Denkbar wären etwa zusätzliche finanzielle Mittel für den Herdenschutz. Etwas, womit sich auch Brigitte Wolf anfreunden könnte: «Mehr Herdenschutz, da bin ich sofort dafür.»

Walker seinerseits ist gespannt, welche Massnahmen der Kanton nun erlassen wird: «Infolge des Abstimmungsergebnisses müssen wir nicht mehr länger akzeptieren, dass sich die Situation um die Grossraubtiere zunehmend verschärft.» Jetzt müsse man alle an einen Tisch holen und Lösungen finden, die für alle tragbar seien.

Ob das leere Worte sind, wird sich zeigen. Fakt ist, dass das Konzept mit den Schutzmassnahmen bislang kaum fruchtete. Und selbst der Staatsrat, der sich für die Initiative ausgesprochen hat, machte bereits vor der Abstimmung klar, dass eine Annahme der Vorlage die aktuelle und künftige Situation um die Grossraubtiere im Kanton nicht grundlegend ändern werde.